

Conception : BANQUE ELVi

emlyon BS – ESCP BS – ESSEC BS – HEC Paris

LANGUE VIVANTE A

FILIÈRE ÉCONOMIQUE et COMMERCIALE et FILIÈRE LITTÉRAIRE

Mardi 29 avril 2025, de 14 h. à 18 h.

ALLEMAND – ANGLAIS – ESPAGNOL

Durée : 4 heures

N.B. :

Les candidats ne sont pas autorisés à modifier le choix effectué lors de l'inscription de la langue vivante A dans laquelle ils doivent composer.

Aucun document n'est autorisé ; l'utilisation de toute calculatrice ou de tout matériel électronique est interdite.

Si au cours de l'épreuve, un candidat repère ce qui lui semble être une erreur d'énoncé, il la signalera sur sa copie et poursuivra sa composition en expliquant les raisons des initiatives qu'il sera amené à prendre.

LVA - ALLEMAND

Ce sujet comporte les 5 documents suivants :

Document 1 - *Das Ende der alten Ordnung*, Nils C. Kumkar, DER SPIEGEL, 28.09.2024

Document 2 - *Warum der Osten anders wählt*, Markus Wehner, FAZ.NET, 25.08.2024

Document 3 - *Hartmut Rosa, philosophe : « Contre l'AfD, le discours politique des partis établis et des médias dominants doit changer »*
Interview d'Hartmut Rosa par David Kirchner, Le Monde, 9.9.2024

Document 4 – *Caricature de Schwarwel*

Document 5 – *Statistique 'Kompetenzen der Parteien', Statista.de, Dezember 2024*

I - COMPRÉHENSION : RÉSUMÉ ANALYTIQUE COMPARATIF

Répondre dans la langue cible à la question posée en 350 mots (+ ou - 10%) en identifiant et en comparant les informations pertinentes dans les documents 1 et 2 du dossier, sans commentaire personnel ni paraphrase.

Wie wird die politische Krise des Parteiensystems in den Dokumenten 1 und 2 erklärt?

II - EXPRESSION PERSONNELLE : ESSAI ARGUMENTÉ

Répondre dans la langue cible à la question posée en 500 mots (+ ou - 10%), en réagissant au contenu du dossier, sans paraphraser celui-ci, tout en développant son opinion personnelle. Vous devez illustrer votre argumentation avec des exemples culturels, civilisationnels et/ou historiques du monde germanique

Hat, Ihrer Meinung nach, der Wandel der Parteienlandschaft Konsequenzen für die Stabilität Deutschlands und die Demokratie?

III - TRADUCTION DU FRANÇAIS EN ALLEMAND (THÈME)

Traduire uniquement la partie du texte indiquée en français en gras et entre crochets [.....] :

[...] Lorsque l'Etat ... à ... la dictature communiste. [...]

Document 1 :

Krise des Parteiensystems - Das Ende der alten Ordnung

[...]

Es sind sich alle einig. Der Erfolg der SPD bei den Landtagswahlen in Brandenburg beruht vor allem darauf, dass Dietmar Woidke¹ die Wahl zu einer Abstimmung zwischen seiner Person und der AfD erklärt hatte. Seltsam mutete deswegen an², dass ausgerechnet er im Anschluss der Wahl gefragt wurde, wie er denn die Wähler:innen der Mitte zurückgewinnen wolle. Er hatte sich ja gar nicht mit diesem Ziel profiliert.

Der schwedische Soziologe Nils Brunsson prägte für diese Form des Vorbeiredens an der Praxis den Begriff der »organized hypocrisy«, also der »organisierten Heuchelei« – allerdings nicht, um sich über diese Strategie zu empören³, sondern um herauszufinden, warum sie so häufig angewandt⁴ wird. Er argumentierte, dass Kommunikation und Handlung dann besonders oft nicht zusammenpassten, wenn eine Organisation mit widersprüchlichen Erwartungen konfrontiert würde. [...]

Die alten Parteien müssen also ein doppeltes Kunststück vollbringen: Abgrenzung von der AfD und von den anderen, ohne jedoch potenzielle Bündnispartner endgültig zu verschrecken. Gewinnen kann am Ende nämlich seither nur, wer in der Lage ist, sich einen möglichst großen Teil des verbliebenen Kuchens zu sichern und danach trotzdem mit möglichst vielen Parteien unbeschadet zu koalieren. Der daraus resultierende Widerspruch ist nicht zu übersehen: Praktisch haben sich die Parteien mit dieser neuen Realität erkennbar arrangiert, aber rhetorisch scheint man den Anspruch⁵, ein einzigartiges Profil zu haben, das überdies die verlorenen Wähler wieder zurückholt, schlecht aufzugeben. [...]

Die Mittelschicht spricht vom »Wir« als Gesellschaft

In einem aktuell laufenden Forschungsprojekt haben Uwe Schimank und ich die Politikbilder verschiedener sozialer Klassen untersucht. Ein frappierender Befund war, dass die Angehörigen der Mittelschicht von Politik fast durchgängig als von etwas sprachen, das »wir« als Gesellschaft anders machen müssten.

Die Servicearbeiter:innen⁶ sprachen hingegen viel eher von »denen«, die man unter Druck setzen müsse, wenn man nicht einfach übergangen⁷ werden wolle. Nun wählen diese Menschen lange nicht alle AfD. Trotzdem muss man eben festhalten, dass es aktuell wohl kaum eine Partei gibt, mit der man im öffentlichen Diskurs einen solchen Druck ausüben kann wie mit der AfD. Und das

¹ Dietmar Woidke: Ministerpräsident vom Land Brandenburg

² seltsam anmuten: es ist deswegen erstaunlich

³ sich empören: sich aufregen über

⁴ häufig angewandt: oft benutzt

⁵ der Anspruch: la revendication

⁶ Die Servicearbeiter:innen: wenig qualifizierte ArbeiterInnen

⁷ übergangen werden: benachteiligt werden

damit verbundene Stigma trägt sich auch leichter, wenn man ohnehin das Gefühl hat, in der Gesellschaft nur noch als Drohkulisse⁸ vorzukommen.

Die Macht des Wählers, auf dem Wahlzettel symbolisch ein klares »Nein« anzukreuzen, hat das politische Geschäft außerordentlich belebt. Seit die AfD ihre ersten Erfolge verzeichnen konnte, eilt die Wahlbeteiligung von Rekord zu Rekord, nachdem sie sich zuvor Dekaden im Sinkflug⁹ befunden hatte.

Um nicht missverstanden zu werden: Das heißt mitnichten, dass die Menschen, die ihr Kreuz bei der AfD machen, »nur« Protestwähler sind, die mit dieser Wahl keinerlei inhaltlich-politische Vorstellung verbinden. Der Begriff des »Protestwählers« ist selbst eine überkommene¹⁰ Semantik aus vergangenen Zeiten, als sich damit noch die Hoffnung verband, der Status-quo-ante werde sich schon wieder herstellen.

Wer AfD wählt, hat mit den Positionen dieser Partei, die inzwischen wirklich jedem bekannt sein dürften, offensichtlich zumindest kein Problem. [...]

Dafür spricht auch, dass die anderen rechtsextremen und rechtspopulistischen Parteien in Europa im Großen und Ganzen nicht weniger erfolgreich sind als die AfD, selbst wenn dort eine strengere Migrationspolitik verfolgt wird. [...]

Insofern sind die Formeln, nach denen man seine Politik nur verständlicher erklären müsste, nachvollziehbare, aber auch fromme Wünsche¹¹. Die Politiker der Stunde machen jetzt auch nicht gerade den Eindruck, dass sie sich nicht Mühe geben würden, ihre Ziele zu vermitteln. Es ist eher so, dass ihnen die eine Seite nicht abnimmt¹², dass sie sie auch erreichen können, während die andere schon die Ziele nicht teilt.

Als unabhängiger Beobachter muss man deswegen festhalten: Das alte System der Parteien ist unwiderruflich Geschichte, die AfD ist die etablierte Antivolkspartei, die Fundamentalopposition, um die sich das politische System gruppiert. Regierungspolitik und politische Kommunikation lösen das Problem nicht, auch nicht, indem sie jede kommende Wahl zur Entscheidungswahl ausrufen.

In der nächsten Zeit wird daher die Frage auch nicht sein, was man tun kann, um den Status-quo-ante wiederherzustellen, sondern ob und wie die so festgefahrene Konfliktstruktur aufgebrochen¹³ werden kann.

Wenn es dem BSW¹⁴ (oder vielleicht sogar doch noch mal den Linken) gelingen sollte, der AfD den Status als einzige Antipartei streitig zu machen, könnte das gesamte System wieder in Bewegung und die AfD in ernsthafte Schwierigkeiten kommen. Das ist ganz unabhängig von der Frage, ob das BSW überhaupt plant, an der Fundamentalopposition festzuhalten, das Zeug hat¹⁵, ein Bundesland mitzuregieren oder ob man ihre Regierungsbeteiligung prinzipiell überhaupt wünschenswert findet.

⁸ Die Drohkulisse: *hier*: la menace, un décor menaçant

⁹ im Sinkflug: rapide abnehmend

¹⁰ überkommen: veraltet

¹¹ verständliche, aber unrealistische Wünsche

¹² jdn. etwas nicht abnehmen: etwas nicht glauben

¹³ die festgefahrene Konfliktstruktur aufbrechen: briser une structure figée

¹⁴ BSW: „Bündnis Sarah Wagenknecht“

¹⁵ das Zeug zu etwas haben: in der Lage sein, etwas zu tun

Mir geht es vielmehr um die wichtige Erkenntnis, dass wir nicht mehr einfach von einer vorübergehenden Malaise eines eigentlich stabilen Parteiensystems ausgehen sollten: Der aktuell ungemütliche Zustand wird erst wieder verschwinden, wenn er von etwas Neuem abgelöst wird. Bis dahin werden unerwartete Koalitionen, mit denen niemand so richtig glücklich ist, die Regel sein. Die Folge ist viel Wasser auf den Mühlen¹⁶ derjenigen, die von der Frustration profitieren. [...]

Nils C. Kumkar, SPIEGEL, 28.09.2024

Document 2 :

Warum der Osten anders wählt

In Ostdeutschland sind mehr Menschen als im Westen bereit, Populisten zu wählen. Was hat das mit der DDR zu tun?

[...] woran liegt es, dass so viele Ostdeutsche Parteien wählen, die das System infrage stellen? In Ostdeutschland ist die Parteibindung sehr gering, die Leute probieren leichter etwas Neues aus. Zudem haben sich viele Ostdeutsche jahrzehntelang als Verlierer empfunden. Nun wehren¹⁷ sie sich dagegen, dass die (West-)Politiker ihnen vorschreiben wollen, wie sie zu reden und zu leben haben.

Der Hang, auf einfache Lösungen zu setzen, hat aber einen tieferen Grund. Er liegt in der DDR. Der SED¹⁸-Staat förderte die Arbeiter, verfolgte die Unternehmer und alle kritischen Geister. Das konservative Bürgertum suchte nach dem niedergeschlagenen Volksaufstand vom 17. Juni 1953 das Weite. Von 1949 bis zum Mauerbau 1961 verließen 2,5 Millionen Menschen die DDR. Mehr als eine halbe Million ging zu Zeiten der Mauer. [...]

Vom Wendejahr 1989 bis 2015 kehrten weitere zwei Millionen Menschen ihrer Heimat den Rücken. Ganze Abiturjahrgänge verließen die frühere DDR. Es waren die Leute, die aus ihrem Leben etwas machen wollten, vor allem junge Frauen. Die Folge ist ein europaweit einzigartiger Männerüberschuss¹⁹ in den strukturschwachen Regionen des Ostens.

Mit der Einheit traf der Arbeiterstaat, der das Bürgertum zerstört hatte, auf eine bürgerliche Mittelschichtsgesellschaft im Westen. Sie stellte die neuen Eliten im Osten, die sich dort festsetzten. [...]

Es blieben diejenigen, die nicht weg wollten, an der Heimat hingen. Viele empfinden heute dennoch einen Heimatverlust, als seien sie nicht mehr Herr im eigenen Haus²⁰. Die eigene

¹⁶ « Wasser auf den Mühlen » : bietet Vorteile für diejenigen

¹⁷ sich gegen etwas wehren: gegen etwas kämpfen

¹⁸ SED: Sozialistische Einheitspartei Deutschlands in der DDR

¹⁹ der Männerüberschuss: die Tatsache, dass es mehr Männer als Frauen gibt

²⁰ « Herr im eigenen Haus sein » : être le maître dans la maison

Lebenswelt zu gestalten ist schwierig. Wer etwas machen will im Osten, ist auf Förderung durch den Staat angewiesen, das private Kapital ist oft nicht da.

Die Einwohner fehlen

Zwar läuft es wirtschaftlich nicht schlecht in den Ostländern. Große Unternehmen, in denen man die Welt im Blick hat und international vernetzt ist, gibt es aber weniger als im Westen. [...] Zwar sind selbst kleine Städte heute oft besser in Schuss²¹ als im Westen. Doch was fehlt, sind die Einwohner. Wenn auf dem Land der Einzelhandel schließt, dann fühlen sich viele zurückgelassen. Dann freut man sich über den AfD-Stand am Marktplatz, an dem man wenigstens seine Beschwerden²² loswerden kann.

Die östlichen Bundesländer sind die ältesten in der Bundesrepublik, das Durchschnittsalter geht auf die 50 zu. Es ist nicht osttypisch, dass sich ältere Menschen danach sehnen, wie es früher war, dem Lebensgefühl nachtrauern²³, das verloren ist.

Hinzu kommen antiwestliche Reflexe, die das BSW und die AfD etwa als Friedensliebe ausgeben. In Wirklichkeit nähren sie sich von den alten Geschichten vom bösen amerikanischen Imperialismus und vom Kriegstreiber²⁴ NATO. Und von der Angst, ein Krieg könnte eskalieren mit der Atommacht Russland, gegen die man doch niemals ankomme²⁵.

[...] Auch in Westdeutschland sind viele Entscheidungen, die heute zum Grundinventar²⁶ der Bundesrepublik gehören, anfangs kritisiert und bekämpft worden: die Westbindung, Willy Brandts Kniefall in Warschau, die Nachrüstung gegen sowjetische SS-20-Raketen oder der Abschied von der D-Mark. Der Gründungsmythos der neuen ostdeutschen Gesellschaft lautete: Wir sind das Volk. Doch das heißt nicht, dass das Volk immer recht hat.

Markus Wehner, FAZ.NET, 25.08.2024

Document 3 :

Hartmut Rosa, philosophe : « Contre l’AfD, le discours politique des partis établis et des médias dominants doit changer »

[...]

En Allemagne, on a tendance à penser que ça va particulièrement mal à l’Est. Je crois que c’est faux. Cependant, voilà un certain temps que je réfléchis à une expérience d’humiliation spécifique à l’ex-RDA, dont je pense qu’elle est peut-être plus grave que pour d’autres pays d’Europe centrale et orientale, qui ont une histoire comparable. [...]

²¹ « in Schuss sein »: renoviert, in gutem Zustand sein

²² die Beschwerde: la plainte

²³ etwas nachtrauern: se souvenir avec nostalgie

²⁴ der Kriegstreiber: agent provocateur

²⁵ gegen jemanden ankommen: se mesurer à quelqu’un

²⁶ das Grundinventar: hier: das Fundament

Dans un entretien accordé à la « Süddeutsche Zeitung », au début de l'année, vous observiez que les gens de l'AfD en Thuringe voyaient l'Etat comme une menace pour leur vie quotidienne, un envahisseur.

Mon idée était de dire que l'attitude des gens de l'AfD n'a pas tant à voir avec des théories et des contenus politiques qu'avec une différence fondamentale de perception du rapport entre l'individu et la politique. Les gens, assis dans leur petit village de la forêt de Thuringe, sont convaincus que, chez eux, le monde, même s'il est un peu précaire, car les jeunes prennent le large, est encore plus ou moins en ordre.

[...] Lorsque l'Etat, qu'ils considèrent comme un agent de l'extérieur, intervient dans leur sphère privée, cela fait naître en eux un sentiment de menace. Or, malheureusement, la politique du gouvernement actuel nourrit précisément ce mécanisme, même si le but de ses interventions n'est pas de perturber mais d'améliorer. Quoi qu'il en soit, les gens, eux, perçoivent l'Etat comme une menace pour leur village, leur maison, leur corps et leur tête. Et c'est là que l'AfD entre en jeu, en prétendant repousser les interventions gouvernementales : « Pas de centre d'accueil pour des réfugiés à Sonneberg », « mon chauffage est une affaire privée et mon diesel aussi », « personne ne doit m'obliger à utiliser la langue inclusive » [...].

Le principal moteur du vote pour l'AfD n'est donc pas, pour ainsi dire, une pensée ethnonationaliste ou raciste, mais ce sentiment paranoïaque de menace, qui a certainement quelque chose à voir avec l'histoire de la RDA. Les gens ont connu une époque où l'Etat planait sur leur quotidien et leur vie privée comme une menace qu'il fallait repousser. Les interventions du gouvernement actuel, aussi faibles soient-elles en réalité, ravivent ainsi le souvenir des pratiques de surveillance de la dictature communiste. [...]

Interview de Hartmut Rosa par David Kirchner, Le Monde, 9.9.2024

Document 4 – Karikatur Schwarwel

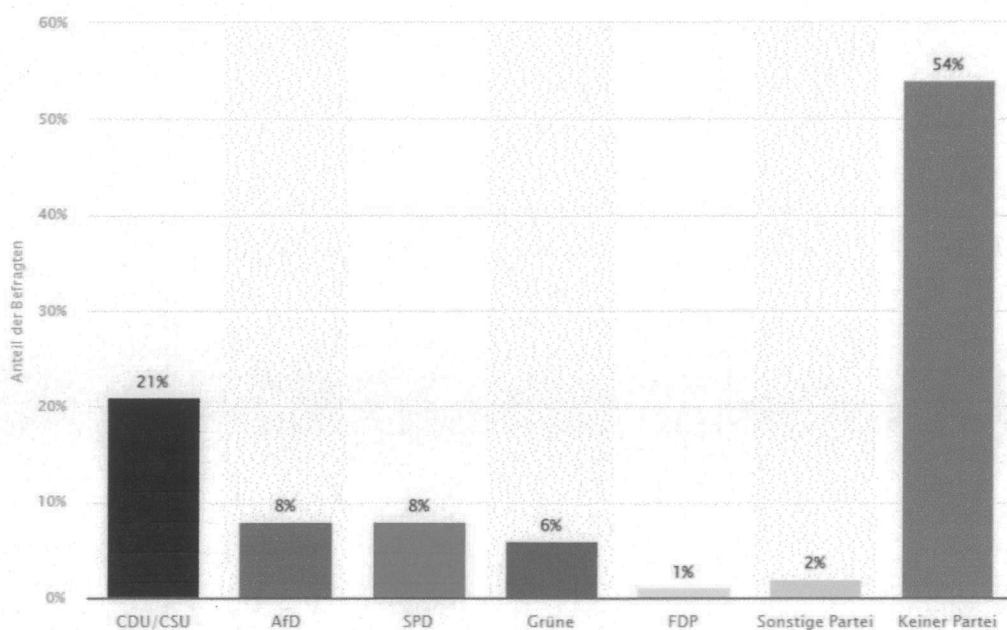


Karikatur : Schwarwel.de

Document 5 – Statistik

- KOMPETENZEN DER PARTEIEN

Welcher Partei trauen Sie am ehesten zu, die derzeit wichtigsten politischen Probleme zu lösen?



Statista.de/ Forsa-Umfrage vom 3.12.2024

Ce sujet comporte les 5 documents suivants :

- **Document 1** – *Oligarchy Comes to America: Could a backlash to the country's megarich ruling class come soon?*, Slate, November 15, 2024
- **Document 2** – *Biden Delivers a Farewell Address and a Warning to the Nation*, The New York Times, January 15, 2025
- **Document 3** – « *Elon Musk, pilier complotiste de la campagne de Donald Trump* », sur Franceinfo : *un précieux allié en désinformation*, Le Monde, November 5, 2024
- **Document 4** – *Table, Trump's victory adds record \$64bn to wealth of richest top 10*
- **Document 5** – *Political editorial cartoon*, Adam Zyglis, 2015

I - RÉSUMÉ ANALYTIQUE COMPARATIF

Répondre dans la langue cible à la question posée en 350 mots (+ ou - 10%) en identifiant et en comparant les informations pertinentes dans les documents 1 et 2, sans commentaire personnel ni paraphrase.

According to Document 1 and Document 2, what role did money play in last year's American presidential election?

II - EXPRESSION PERSONNELLE : ESSAI ARGUMENTÉ

Répondre dans la langue cible à la question posée en 500 mots (+ ou - 10%), en réagissant au contenu du dossier, sans paraphraser celui-ci, tout en développant son opinion personnelle. Vous devez illustrer votre argumentation avec des exemples culturels, civilisationnels et/ou historiques du monde anglophone.

In your opinion, to what extent is democracy at risk within the United States?

III - TRADUCTION DU FRANÇAIS EN ANGLAIS (THÈME)

Traduire uniquement la partie du texte indiquée en français en gras et entre crochets [...]

*Traduire du français en anglais de « **L'homme** » à « **eux** »*

Document 1 :

“Oligarchy Comes to America: Could a backlash to the country’s megarich ruling class come soon?”, Scott Nover, *Slate*, November 15, 2024

On November 8, Elon Musk hopped on a diplomatic call between President-elect Donald Trump and Ukrainian President Volodymyr Zelensky. Musk isn’t just a billionaire presidential funder, but a high-powered government contractor whose businesses were promised \$3 billion across nearly 100 different contracts and 17 agencies last year, according to a recent *New York Times* tally. And Musk’s Starlink satellite internet systems have been key to Ukrainian military efforts in its war against Russia—paid for by the Pentagon. More recently, Trump put Musk and billionaire businessman Vivek Ramaswamy in charge of a new effort he says will reduce government bureaucracy.

All of this makes Musk the most visible American oligarch. Yes, oligarch. While oligarchs are typically thought of as Eastern European businessmen with considerable sway over government, Northwestern University political science professor Jeffrey Winters says we need to start applying the label not only to Musk but to many of America’s ultrawealthy.

Trump is supported by billionaires with names you’ve heard of, such as the Winklevoss twins of Facebook fame, and those you might not have, like banking heir Timothy Mellon, who donated \$76.5 million to Trump and aligned groups. Meanwhile, Bill Gates, Michael Bloomberg, and other American oligarchs threw their support behind Kamala Harris.

[The journalist from *Slate*, Scott Nover, spoke with Jeffrey Winters about oligarchy—his area of focus—and how to think about wealth and power in Trump’s America. Here is what Jeffrey Winters said:]

The term *oligarch* is a very ancient word with a stable meaning. So for over 2,000 years, it has referred to a small number of people empowered politically by massive wealth; [...] they have a very flexible instrument to use, and that is money. Money in politics means that you can shape and buy outcomes. For much of history, oligarchs funded their own political positions. But in recent centuries, they have actually used their money to support other political figures and agendas, as they have not necessarily themselves been holding office.

[Oligarchy]’s not a very common word here. Instead, we often hear terms like megadonor, for example, to describe the people who really have a major impact on the direction and the agenda of American politics through the use of their wealth-power. Megadonor is a term that oligarchs themselves are much more comfortable with because the base of the word is “to donate,” as if what you’re doing is altruistic or selfless. But that’s actually not what’s happening. Oligarchs use their wealth-power because they have very important agendas that they want to achieve.

The fundamental principle of democracy is power equally shared. That’s where our commitment to things like “one person, one vote” comes from. And in a democracy, if you have what is essentially the equivalent of “some people, one vote, but other people, 10,000 votes, or 1 million votes,” that clearly is a violation of the most fundamental democratic principles.

And if the kind of power that oligarchs are using were somehow expressed in direct votes, it would be much more obvious what a distortion of democracy and how antidemocratic it is. But

because it's been interpreted as voice instead of voting – meaning you're simply expressing your preferences as if it were campaigning—the distortion is blurred. When it comes to the actual voting booth, every oligarch gets only one vote. But this ignores all the multiple ways in which power is distributed in the democracy unequally. So the question becomes: Why should we fetishize voting and ignore all the extreme distortions of power in the system and then try to call it a strong democracy after that?

Money is always power. It's almost impossible to strip the power component out of wealth and money. It can set things in motion, it can fuel a campaign. *Citizens United* basically opened up the floodgates and took virtually all limits off the use of wealth-power in the American political system. And compared to earlier periods when we had campaign finance reforms in place—McCain-Feingold and other policies—there was an attempt to try to limit the expression of wealth power. We're at a moment of maximum oligarchic power in the United States.

[...]If we look at the robber baron era, there was outrage at the degree to which ultrawealthy people were directly engaging in politics and shaping outcomes and backing particular individuals who were winning and then passing policies that defended the wealth of these oligarchic figures. And the kind of reaction we saw in the New Deal, where, for example, the very first taxes on income in the United States were taxes on the wealthy exclusively. There's a whole series of backlash policies that we saw—they didn't come immediately, but they did come. So the anger starts first and then the opportunities to act on that anger come later. Whatever your political position—Democrat, Republican, independent—Americans should be alarmed and outraged at the role money is playing in their democracy.

We're seeing an unusual alliance between working-class Americans and oligarchs. It's happening not because the MAGA movement is actually going to respond to the pain and the working-class interests of the base. I think they're good at responding to the anger. And the Democrats are not responding at all either to the class interests of the working class or to the anger. But this alliance of the working class with oligarchs, I would predict, is going to work out far to the advantage of oligarchs and produce very little that is concrete in terms of standard of living for the average working-class American.

Document 2 :

“Biden Delivers a Farewell Address and a Warning to the Nation”, Erica L. Green, *The New York Times*, January 15, 2025

President Biden on Wednesday warned that an “oligarchy” of the ultrawealthy was emerging in America, sounding the alarm about unchecked power as he gave a farewell speech to the nation just days before he surrenders office to a man he disdains.

In an address from the Oval Office, Mr. Biden expressed concern about the “dangerous concentration of power” and issued a plea for the preservation of democratic ideals and institutions under the administration of President-elect Donald J. Trump.

“Today, an oligarchy is taking shape in America of extreme wealth, power and influence that literally threatens our entire democracy, our basic rights and freedoms and a fair shot for everyone to get ahead,” Mr. Biden said.

While Mr. Biden did not explicitly name Mr. Trump, his remarks went straight at the tension at the heart of the incoming administration, in which billionaires like Elon Musk are positioned to wield enormous influence over the next four years. Are they really populists intent on shaking up the government to benefit working people who have been left behind by the establishment? Or are they just billionaire disrupters out to enrich themselves?

Mr. Biden's warning of an unelected oligarchy taking shape echoed a similar one by President Dwight D. Eisenhower, who spoke about the military-industrial complex in his farewell address. The Biden version referred to the "tech-industrial complex," in which he warned of the erosion of truth itself, brought forth by unchecked social media platforms — a reference to Meta doing away with fact-checkers this week — and artificial intelligence.

"Americans are being buried under an avalanche of misinformation and disinformation enabling the abuse of power," Mr. Biden said. [...]

"The powerful forces want to wield their unchecked influence to eliminate the steps we've taken to tackle the climate crisis, to serve their own interest for power and profit," he said. "We must not be bullied into sacrificing the future, the future of our children and our grandchildren. We must keep pushing forward and push faster." [...]

"Our system of separation of powers, checks and balances — it may not be perfect," he said, "but it's maintained our democracy for nearly 250 years, longer than any other nation in history that's ever tried such a bold experiment."

Mr. Biden called for term limits and ethics reform for the Supreme Court and banning members of Congress from trading stocks.

And he issued a call for changes that would safeguard against a recent Supreme Court decision that gave presidents broad immunity, which Mr. Trump has sought to use to blunt multiple criminal charges and could protect him as he vows retribution and other autocratic acts while in office.

"We need to amend the Constitution to make clear that no president is immune from crimes that he or she commits while in office," Mr. Biden said. [...]

Document 3 :

« Elon Musk, pilier complotiste de la campagne de Donald Trump », sur Franceinfo : un précieux allié en désinformation, Pascal Galinier, *Le Monde*, November 5, 2024

Le patron de Tesla, SpaceX et du réseau social X (ex-Twitter) s'est beaucoup investi dans l'Etat de Pennsylvanie, l'un des sept *swing states* (Etats pivots), qui fut décisif en 2016 pour la victoire du candidat du Parti républicain Donald Trump, qui y avait décroché 45 000 voix de plus que sa rivale Hillary Clinton.

[L'homme le plus riche des Etats-Unis, sinon du monde, n'a pas lésiné sur les moyens, devenant un rouage à part entière de la campagne de Donald Trump — qui lui a promis de le nommer à la tête d'une commission chargée de faire un audit du gouvernement américain, en vue de le « réformer » en profondeur. [...]

Après avoir investi 75 millions de dollars (69 millions d'euros) dans la campagne du candidat républicain, Elon Musk a promis d'offrir 1 million de dollars chaque jour à un électeur choisi « *au hasard* » sur les listes électorales des *swing states* en échange de la signature d'une pétition déclarant intouchables le premier et le deuxième amendement de la Constitution américaine – ceux qui garantissent la liberté d'expression et le port d'armes –, dont « *les médias traditionnels ne veulent pas parler* », dit-il.

Les médias, autre cible de la sphère complotiste... Le réseau X lui offre « *une puissance de feu sans pareille* ». Elon Musk fait siennes les accusations contre les démocrates d'acheminer massivement des migrants « illégaux » dans les Etats-clés afin qu'ils y obtiennent la nationalité américaine et votent pour eux] ; ou celles affirmant que le gouvernement travailliste britannique envisagerait d'ouvrir des camps de rétention pour se débarrasser des émeutiers d'extrême droite descendus dans les rues de Southport le 30 juillet après l'attaque au couteau d'enfants par un adolescent de 17 ans, né à Cardiff de parents rwandais. [...]

Le patron a « *lié son destin à celui de Donald Trump* », conclut le podcast. Il a offert des habits neufs aux arguments que ne manquera pas de brandir la « *trumposphère* » au lendemain du 5 novembre, soit pour contester la défaite de son champion, soit pour célébrer sa revanche tant attendue sur « *le système* » qui l'avait « *spolié* » en 2020...

Document 4 :

Table from Bloomberg – “Trump’s victory adds record \$64bn to wealth of richest top 10”, *The Guardian*, November 7, 2024

Wealth increases from November 5, 2024 to November 6, 2024

1. Elon Musk \$290bn (+10.1%)	6. Bill Gates \$159.5bn (+1.2%)
2. Jeff Bezos \$228.3bn (+3.2%)	7. Larry Page \$158.3bn (+3.6%)
3. Mark Zuckerberg \$202.5bn (0%)	8. Sergey Brin \$149.1bn (+3.6%)
4. Larry Ellison \$193.5bn (+5.4%)	9. Warren Buffett \$147.8bn (+5.4%)
5. Bernard Arnault \$173.2bn (-1.6%)	10. Steve Ballmer \$145.9bn (+2%)

Document 5: Political editorial cartoon, Adam Zyglis, 2015



LVA - ESPAGNOL

Ce sujet comporte les 4 documents suivants :

- **Document 1** – Antonio Tarabini, “Los inmigrantes”, *Diario de Mallorca*, 20 de octubre de 2024
- **Document 2** – Manuel Viejo González, “La inmigración es el principal problema para los españoles, según el CIS”, *El País*, 18 de septiembre de 2024
- **Document 3** – Bertrand Rouziès-Léonardi, “Comment ôter à la haine son éternité?”, *Mediapart*, 22 juin 2024.
- **Document 4** – Paulina Bustamante, “América Latina, fronteras al rojo”, *Revista Universitaria*, abril 2022
- **Documento 5**- “Servicios y organización social del cuidado”, María Verónica Cano Christiny, y Jorge Martínez Pizarro (eds.), *Sobre las contribuciones de la migración al desarrollo sostenible: estudios en países seleccionados*, marzo 2022

I - COMPRÉHENSION : RÉSUMÉ ANALYTIQUE COMPARATIF

Répondre dans la langue cible à la question posée en 350 mots (+ ou - 10%) en identifiant et en comparant les informations pertinentes dans les documents 1 et 2 du dossier, sans commentaire personnel ni paraphrase.

Question 1 : *¿Cómo se presenta la percepción de las migraciones en ambos artículos y cuáles son los factores que influyen en la misma?*

II - EXPRESSION PERSONNELLE : ESSAI ARGUMENTÉ

Répondre dans la langue cible à la question posée en 500 mots (+ ou - 10%), en réagissant au contenu du dossier, sans paraphraser celui-ci, tout en développant son opinion personnelle. Vous devez illustrer votre argumentation avec des exemples culturels, civilisationnels et/ou historiques du monde hispanophone.

Question 2 : *¿De qué forma las migraciones podrían ser vistas como soluciones a los desafíos político-económicos en los países hispanohablantes?*

III - TRADUCTION DU FRANÇAIS EN ESPAGNOL (THÈME)

Traduire uniquement la partie du texte indiquée en français entre crochets et soulignée [.....]

de « Prenant acte, ... à ... sommes tous des étrangers sur la Terre».

Document 1

Los inmigrantes

La inmigración, la transferencia de ciudadanos a otros países de nacimiento, no tendría por qué representar un problema. El problema surge cuando los inmigrantes se convierten en un problema social y político para determinados países. La problemática de la emigración no es nueva en España, fueron millones de españoles que emigraron a países europeos y sudamericanos para poder sobrevivir en los años de crisis política económica y social. Muchos de ellos regresaron, mientras otros se establecieron en los países de acogida.

La problemática de la inmigración no es nueva en España, pero tal como está sucediendo en países como Italia, Países Bajos, Polonia, Hungría, Finlandia o Alemania, está generando el resurgir de un discurso xenófobo contra ella, fundamentalmente respecto a la inmigración ilegal. Y "fundamentada" en el pensamiento de la derecha y la ultraderecha.

En el último plenario del Parlamento, el presidente Pedro Sánchez comparecía para referirse a su política migratoria tras meses de tensión entre gobierno y oposición por la situación de los menores no acompañados en Canarias y su necesario reparto entre el resto de las comunidades autónomas. El presidente anunció un nuevo reglamento de extranjería, además de solicitar a Bruselas la entrada en vigor del pacto europeo de migración y asilo. La derecha no acepta ninguna de las propuestas y reconvierten al Parlamento en un debate intencionalmente confuso siguiendo el discurso de Núñez Feijóo donde el enemigo público número uno es Pedro Sánchez y el PSOE.

Pero ¿cuál es la opinión de la ciudadanía de nuestra Comunidad sobre la inmigración? Quaderns Gadeso (452) se refiere no a una visión genérica, sino a la percepción que tenemos de "los inmigrantes regularizados" y de "los inmigrantes en situación irregular". Un 10% no sabe qué solución hay que aplicar. Sin embargo, considera que hay que buscar soluciones eficaces, especialmente como mínimo garantizar sus derechos como personas y a su vez facilitar (no regalar) la regulación de los que llevan muchos años de estancia entre nosotros (no fácil de aplicar).

Un 60% opina negativamente sobre la presencia de inmigrantes, aunque hayan regularizado su situación, procedentes de otros países regiones o continentes que, por distintos motivos (desde las guerras al hambre) se han visto obligados a dejar su país sus hogares y sus vidas en la búsqueda de un futuro digno y en paz. Los motivos de estas opiniones se concretan en "la saturación de los servicios públicos, que nos ocupan lugares de trabajo, y que no quieren integrarse".

Un 72% opina negativamente de la inmigración irregular, porque "genera inseguridad y delincuencia, uso abusivo de los servicios públicos y economía sumergida". ¿Qué "solución" proponemos? Una mayoría significativa, un 81% de los que opinan que tal inmigración irregular propone "la expulsión inmediata", y un 15% "internarlos en un centro de internamiento pendiente de la expulsión".

Un 33 % opina positivamente de la inmigración regularizada. Tienen los mismos derechos que nosotros. En consecuencia, tienen "derecho de obtener un lugar de trabajo en igual condiciones que los españoles" y "a acceder a la educación y a la sanidad en igualdad de condiciones".

Queda pendiente que la UE afronte una ley de extranjería y migración. La mayoría de los países apoya un endurecimiento de la expulsión de inmigrantes. Bruselas estudia crear centros de deportación fuera de la UE. El reto no es fácil, entre otras razones porque hay países de la Unión que están "regularizando" (Francia, Gran Bretaña, Italia...), llegando a acuerdos con países extracomunitarios que admiten transferencia de inmigrantes ilegales a cambio de ciertas compensaciones. El gobierno español rechaza de forma rotunda la propuesta de la Comisión.

Antonio Tarabini, *Diario de Mallorca*, 20 de octubre de 2024

Document 2

La inmigración es el principal problema para los españoles, según el CIS

Esta inquietud, espoleada por la extrema derecha, escala en tres meses del noveno puesto en la lista de preocupaciones ciudadanas al primero, superando al paro, la economía y la discusión política.

La pregunta es directa y de respuesta espontánea. No hay opciones para elegir. "¿Cuál es, a su juicio, el principal problema que existe actualmente en España?". Casi uno de cada tres españoles (el 30,4%) ha contestado "la inmigración", según el barómetro publicado este miércoles por el Centro de Investigaciones Sociológicas (CIS). La inmigración ha pasado de ser la cuarta preocupación —así figuraba en la encuesta de julio, con un 16,9%, por debajo del paro, la economía y "los problemas políticos en general"— a situarse en cabeza solo dos meses después. Si se compara con el estudio de junio, la inmigración ha pasado en 100 días del noveno puesto (11,2%) al primero en la lista de problemas de los españoles. Es decir, ha crecido casi 20 puntos (19,2%) durante el verano. Sin embargo, cuando a los encuestados se les pregunta por los problemas que les afecta personalmente a ellos y no a España, la inmigración —también en respuesta espontánea— ya no es el primero, sino el quinto. En julio, eso sí, era el octavo.

Que la inmigración ocupe el primer puesto no se veía en España desde 2007, según apunta la agencia de noticias Servimedia. En aquellos años (2006-2008) se produjo la denominada crisis de los cayucos de Canarias, cuando llegaron a las costas españolas más de 30.000 migrantes. Los ciudadanos entrevistados para este estudio del CIS han sido 4.000, a través de llamadas telefónicas a móviles y fijos.

Hace poco más de un año, en mitad del verano, España era el único país mediterráneo que lograba contener la inmigración irregular. Un hito efímero que se pulverizó un par de meses después con un enorme repunte de la ruta canaria que se mantiene hasta hoy.

Ahora España es, junto con Grecia, el único país mediterráneo donde crecen las entradas irregulares, según las cifras de la Organización Internacional para las Migraciones (OIM). Los desembarcos en Canarias han aumentado un 126% y las entradas en Ceuta un 143%. Entre el 1 de enero y el 15 de agosto, el Ministerio del Interior había registrado la llegada, por tierra y por mar, de 31.155 personas, un 66% más que en el mismo periodo de 2023, aunque las cifras revelaban un frenazo respecto a principios del año.

En ese contexto se ha instalado un envenenado debate sobre la inmigración, alentado por la extrema derecha. Y todo esto se refleja en el CIS. Los extremismos, sin embargo, solo son un problema para el 5,4% de los encuestados de este barómetro. “Me llama la atención la diferencia entre la respuesta de percepción general y la preocupación que tiene cada uno con la inmigración”, observa por teléfono Javier de Lucas, expresidente de la Comisión Española de Ayuda al Refugiado. “Esto me lleva a pensar que los españoles encuestados y, por tanto, la representación, piensan que la inmigración es el problema más preocupante, pero no el que más le preocupa. Esto quizá se deba al impacto de las noticias y al bombardeo mediático, del que son responsable la mayor parte de los medios de comunicación que difunden noticias descontextualizadas”.

De Lucas considera que muchas veces se dan datos porcentuales del incremento de la llegada de pateras en Canarias sin contexto. “Se transmite la impresión de que la presión migratoria procede de los saltos de Melilla y la llegada de las pateras y esto no es así. Esto es una gota en el circuito migratorio”. La preocupación general es, a su juicio, una preocupación “inducida” por el tipo de mensaje que se emiten desde algunos partidos políticos. “La responsabilidad de Vox y la irresponsabilidad del PP es enorme. Pero también de los partidos de la coalición de Gobierno que en la crisis de Canarias no han hecho un esfuerzo convincente por contextualizar y desmentir ese imaginario”. La segunda inquietud para los españoles, según el barómetro hecho público este miércoles, son “los problemas políticos en general”, que en el pasado estudio ocupaban la primera posición. Los siguen el paro y “los problemas de índole económico”. Llama la atención la caída del problema de acceso a la vivienda, que hace dos meses estaba en el segundo puesto (la menciona el 21% de los encuestados) y ahora en el sexto (15,4%). El tercer puesto es para el paro (20,1%). En agosto, un mal mes para el empleo, el paro registrado subió en 21.884 personas, hasta alcanzar los 2.572.121 desempleados.

Setenta y tres personas de origen subsahariano, entre ellas cuatro mujeres y un niño, han llegado este miércoles en una neumática a la playa de la Garita, situada en el pueblo de Arrieta, en el norte de Lanzarote, este miércoles.

Manuel Viejo González, 18 de septiembre de 2024, *El País*

Document 3

[Prenant acte de la finitude de ce bien commun qu'est la Terre, et de l'obligation où nous sommes d'en partager l'espace (la xénophobie postule une manière de platonisme, comme si l'autre indésirable pouvait toujours être repoussé indéfiniment à l'horizon). Kant propose d'établir une « cosmopolitique ». Soit une citoyenneté mondiale qui, fondée sur une confédération d'États-nations souverains, élargirait les conditions d'hospitalité, objectif juridiquement plus atteignable.]

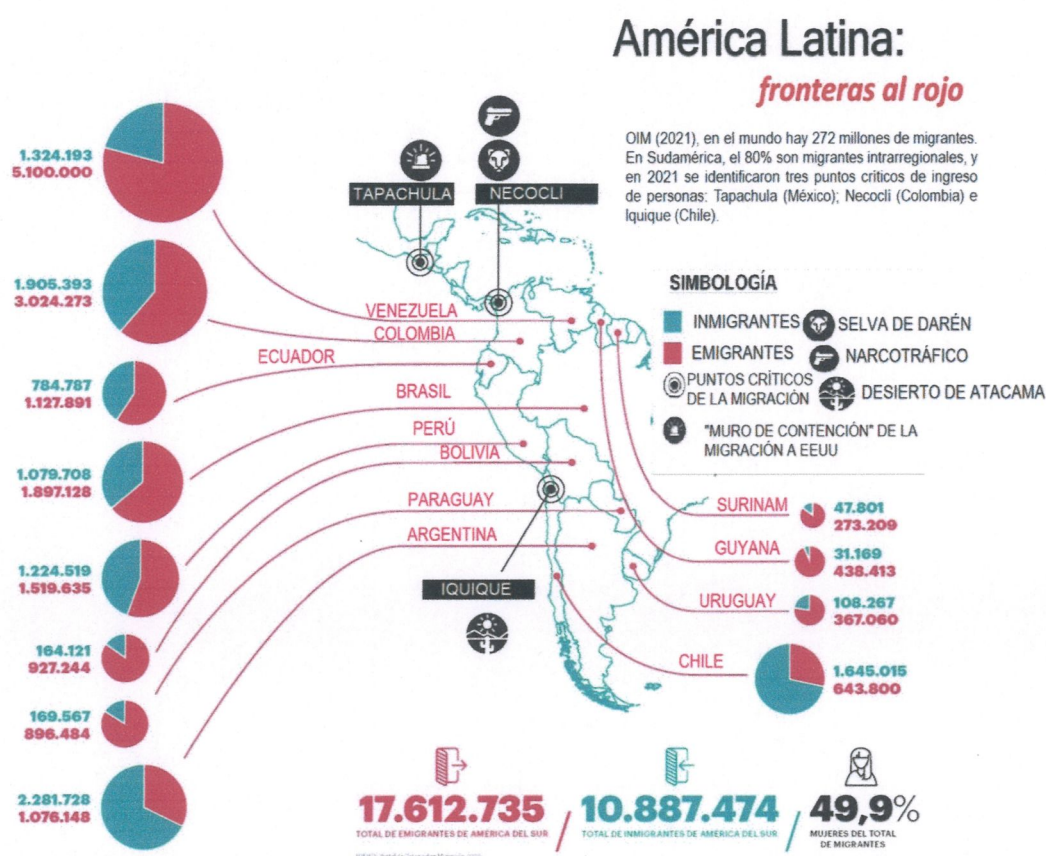
L'hospitalité kantienne s'énonce ainsi : « le droit qu'a tout étranger de ne pas être traité en ennemi dans le pays où il arrive ». Si le philosophe prussien borne cette citoyenneté mondiale à un droit de visite, et non d'implantation, c'est qu'il se souvient du détournement, dans les Amériques, par les explorateurs européens du bon accueil qui leur était fait en permis de conquérir et d'asservir les populations autochtones.

Principale conséquence de cette approche, selon Jacob Rogozinski : « Être né ici n'implique pas d'être "d'ici" : personne n'est "de souche", aucun homme n'a plus qu'un autre le droit d'être là où il se trouve. Paradoxalement, le droit d'être ici s'oppose à l'illusion d'un enracinement dans une terre natale. Kant nous invite à nous souvenir que nous sommes tous des étrangers sur la Terre. »]

Pour Kant, qui a la Révolution française en tête, une des conditions, nécessaire sans être suffisante, de l'avènement de la « Cosmopolis » est une Constitution républicaine (démocratique), mais celle-ci se heurte à l'incarnation de la nation et au « schème », structure analogique ancienne mais persistante, du « Grand Corps » politique

Bertrand Rouziès-Léonardi,
« Comment ôter à la haine son éternité ? », *Mediapart*, 22 juin 2024.

Document 4

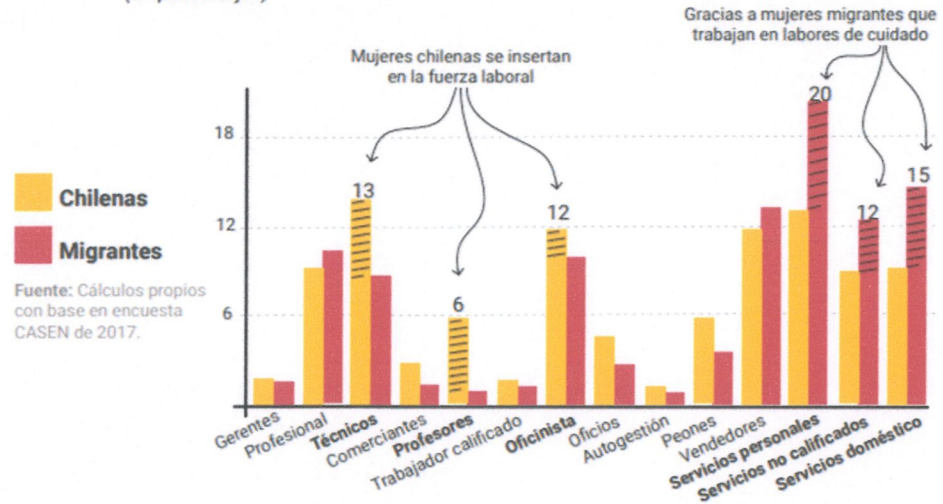


https://revistauniversitaria.uc.cl/wp-content/uploads/2022/04/003_02_168.jpg

Document 5

SERVICIOS Y ORGANIZACIÓN SOCIAL DEL CUIDADO

Chile: inserción de la fuerza laboral femenina según grupos de ocupación y condición migratoria, 2017
(En porcentajes)



<https://repositorio.cepal.org/server/api/core/bitstreams/a131492d-56bd-47e2-9d4f-b0ab176976c4/content>

